

Habich, Roland

Book Part — Digitized Version

Bürger und Politik

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Habich, Roland (1985) : Bürger und Politik, In: Statistisches Bundesamt, DESTATIS (Ed.): Datenreport 1985: Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, ISBN 3-921352-35-7, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, pp. 504-512

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112586>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

E. Gesellschaftspolitik

18 Bürger und Politik

Das Verhältnis der Bürger in der Bundesrepublik zum Staat und zu einzelnen Politikbereichen wird mit zahlreichen Schlagworten beschrieben: Die Anspruchshaltung oder die Empfängermentalität wird beklagt, von der Entfremdung der Politiker von ihrem (Wahl-) Volk ist die Rede, der Rückzug ins Private ist ebenso ein Thema wie die Bevormundung der Bürger durch den Wohlfahrtsstaat.

Mit einigen zentralen Indikatoren soll dokumentiert werden, welche Einstellungen die Bevölkerung gegenüber Politik und Wohlfahrtsstaat zeigt, und wie damit verbunden öffentliche Leistungen und Aufgaben wahrgenommen und bewertet werden.

18.1 Innovationsbereitschaft, Wertewandel

In der Bundesrepublik Deutschland hat sich wie in anderen westlichen Industriestaaten in den letzten Jahrzehnten ein Wertewandel vollzogen. Dieser findet seinen Ausdruck auch in einer veränderten politischen Kultur. Die verfügbaren Daten machen diesen Einstellungswandel nur begrenzt sichtbar. Anhand zweier Indikatoren wird jedoch deutlich, daß „neue“ Werte inzwischen relativ stabil bei bestimmten Bevölkerungsschichten verankert sind.

Die Materialismus-Postmaterialismus-Dimension bezieht sich darauf, welchen gesellschaftlichen Zielen die Priorität eingeräumt wird. Als postmaterialistisch soll dabei gelten, wenn „Meinungsfreiheit“ und „Einfluß der Bürger auf politische Entscheidungen“ als vorrangig vor „Preisstabilität“ und „Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung“ eingestuft werden. Die umgekehrte Rangfolge der Ziele soll als materialistisch gekennzeichnet werden. Eine Innovationsbereitschaft vermuten wir dann, wenn Personen angeben, daß sie sich im Hinblick auf die Politik zu denen zählen, „die gern einmal etwas Neues wagen“. Die konservative Gegenposition ergibt sich bei den Personen, die in der Politik „gern am Alten und Bewährten festhalten“.

An den Indikatoren ist abzulesen, daß zwar eine Mehrheit der Bevölkerung als politisch innovationsbereit zu bezeichnen ist, daß aber lediglich eine Minderheit, etwa jeder sechste bis jeder zehnte, eine postmaterialistische Wertorientierung aufweist. Beide

Tab. 1: Wertorientierung und politische Innovationsbereitschaft

	Insgesamt			Geschlecht					
				Männer			Frauen		
	1978	1980	1984	1978	1980	1984	1978	1980	1984
	in %								
Wertorientierung									
Materialistisch	42	41	34	35	33	27	43	48	40
Mischtypen	48	47	50	49	53	51	48	42	48
Postmaterialistisch	11	12	16	16	14	22	9	11	12
Innovationsbereitschaft									
„Neues wagen“	54	51	–	60	58	–	48	45	–
„Am Alten und Bewährten festhalten“	37	42	–	33	38	–	40	47	–
„Weiß nicht“	10	7	–	7	5	–	12	9	–

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1978, 1980, 1984.

Einstellungen sind insofern gut in der Bevölkerung verankert, als wesentliche Verschiebungen im Zeitverlauf 1978 bis 1984 kaum zu erkennen sind. Insgesamt zeichnet sich erwartungsgemäß eine leichte Zunahme der Mischtypen sowie der Postmaterialisten ab, während in der anderen Dimension nur unbedeutende Verschiebungen zu verzeichnen sind.

Faßt man beide Wertdimensionen zusammen, ergibt sich ein breites Spektrum gesellschaftspolitischer Einstellungen, deren Endpunkte von besonderem Interesse sind. Diese stellen eindeutig gegensätzliche Positionen dar; wir wollen sie als „traditionelle“ und „progressive“ politische Einstellungen benennen. Während insgesamt jeder vierte Bundesbürger in diesem Sinne traditionellen Werten verbunden ist (konservativ und zugleich materialistisch), äußert bereits jeder zehnte eine „neue“ Werteinstellung (vgl. Tab. 2).

Zwischen diesen Polen liegt ein breiter und diffuser Mittelbereich, in dem „alte“ und „neue“ Werte gleichermaßen vertreten werden. Es bereitet dabei vielen Personen keinerlei Schwierigkeiten, materialistisch zu sein und Innovationsbereitschaft zu zeigen, während in deutlichem Gegensatz dazu die postmaterialistischen Orientierungen mit einer konservativen Grundhaltung offenbar nicht in Übereinstimmung zu bringen sind; diese Wertekombination ist praktisch nicht vorhanden.

Welche Bedingungen und Lebensumstände führen zu den entgegengesetzten Einstellungen? Für beide Positionen sind in erster Linie die Zugehörigkeit zu bestimmten Altersgruppen und das Bildungsniveau entscheidend. Dies deutet auf eine Wertever-

Tab. 2: Traditionelle und progressive politische Einstellungen

	Traditionell „Am Alten und Bewährten festhalten“ und materialistische Orientierung	Progressiv „Neues wagen“ und postmaterialistische Orientierung
	in %	
Insgesamt	25	11
Männer	18	12
Frauen	31	9
Altersgruppen		
18–24 Jahre	2	30
25–34 Jahre	7	17
35–44 Jahre	19	8
45 Jahre und älter	40	4
Bildungsniveau		
Ohne Abschluß	34	3
Hauptschulabschluß	31	4
Mittlere Reife	15	17
Fachhochschulreife, Abitur	8	34

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980.

schiebung zu neuen Einstellungen hin, die von jüngeren Personen und von den besser Gebildeten getragen wird. Ältere Personen, Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Bildungsabschlüssen und Frauen sind mehr als andere Bevölkerungsgruppen traditionellen Wertorientierungen verhaftet. Im Gegensatz dazu gibt es etwa gleichviel Männer und Frauen mit der progressiven Werteinstellung. Auch die materiellen Lebensverhältnisse wirken sich bezeichnenderweise nur in eine Richtung aus: Personen mit einem niedrigen Haushaltseinkommen sind, sicherlich durch den engen finanziellen Handlungsspielraum bedingt, deutlich stärker konservativ-materialistisch orientiert. Aufschlußreich ist aber auch, daß Personen mit neuen Werten in praktisch allen Einkommensgruppen zu finden sind. Progressive Einstellungen hängen demnach nicht unmittelbar von einer materiell überdurchschnittlich sicheren Existenz ab.

18.2 Gesellschaftspolitisches Interesse

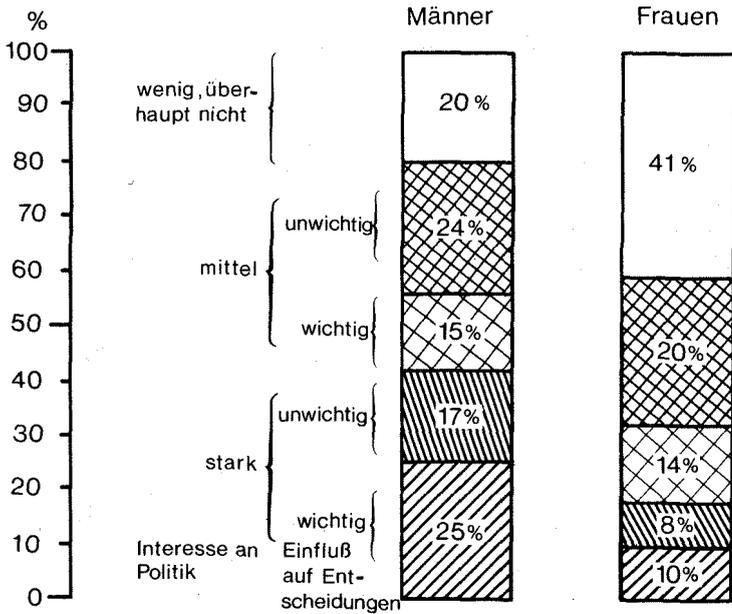
Die Fähigkeit, sich politisch zu äußern, seine Interessen und Rechte offensiv zu vertreten, ist eine wichtige Wohlfahrtskomponente. Verbunden mit dem Interesse an Politik zeigt

sich hier, welche Gruppen ein gesellschaftspolitisches Engagement aufweisen und welche in diesem Sinne politisch „arm“ sind.

Das Interesse der Bundesbürger an Politik kann man insgesamt als groß bezeichnen. Lediglich drei von zehn Bürgern sind wenig oder gar nicht an Politik interessiert. Bei den restlichen 70 % überwiegt ein mittleres Interesse. Aber ebenso wie das starke oder sehr starke Interesse ist dieses letztlich ein unverbindliches Interesse, wenn gleichzeitig die Möglichkeit, auf politische Entscheidungen Einfluß zu nehmen, als unwichtig bewertet wird.

Ein ausgeprägtes gesellschaftspolitisches Engagement dürfte deshalb in erster Linie dann zu vermuten sein, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: das allgemeine politische Interesse ist hoch, und die Einflußnahme auf politische Entscheidungen bzw. die Möglichkeit dazu wird als wichtig angesehen. Jeder sechste Bundesbürger hat so gesehen ein hohes gesellschaftspolitisches Engagement, wobei sich immerhin jeder vierte Mann, aber nur jede zehnte Frau entsprechend äußern. Frauen sind nicht nur weniger an Politik interessiert als Männer, sie stufen zudem die Wichtigkeit der möglichen Einflußnahme geringer ein (s. Abb. 1).

Abb. 1: Gesellschaftspolitisches Engagement bei Männern und Frauen: Interesse an Politik und Wichtigkeit des Einflusses auf politische Entscheidungen



Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Im allgemeinen vermutet man das höchste gesellschaftspolitische Engagement bei den besser Gebildeten, weil sie wohl am ehesten ihre Interessen auch formulieren und artikulieren, und, aufgrund der in den letzten Jahren massiv auch in der Öffentlichkeit vorgetragenen Proteste, bei den jüngeren Bevölkerungsgruppen. Unsere Ergebnisse zeigen, daß diese Vermutungen nur mit Einschränkungen zutreffen. Erwartungsgemäß sind Personen mit Abitur oder mit Fachhochschulreife stärker engagiert als etwa Personen, die über keinen Bildungsabschluß oder über den Hauptschulabschluß verfügen.

Tab. 3: Gesellschaftspolitisches Engagement – Interesse an Politik und Wichtigkeit des Einflusses auf politische Entscheidungen

	Interesse an Politik				
	Stark Einfluß auf Entscheidungen wichtig unwichtig		Mittel Einfluß auf Entscheidungen wichtig unwichtig		Wenig, gar nicht Einfluß auf Entscheidungen wichtig/unwichtig
	in %				
Insgesamt	17	12	14	26	31
Bildungsniveau					
Ohne Abschluß	11	8	10	20	51
Hauptschulabschluß	10	9	14	30	37
Mittlere Reife	18	17	20	25	21
Fachhochschulr., Abitur	40	19	10	19	13
Wertorientierung nach Alter					
Materialistisch					
18–29 Jahre	7	8	8	25	53
30–39 Jahre	8	11	17	30	35
40–49 Jahre	4	9	12	34	41
50 Jahre u. älter	7	9	11	26	48
Postmaterialistisch					
18–29 Jahre	37	12	18	19	14
30–39 Jahre	37	25	17	17	4
40–49 Jahre	48	13	14	13	12
50 Jahre u. älter	55	13	12	18	4

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Unter den Personen, die jünger als 30 Jahre sind, finden wir aber nur dann höhere Anteile mit einem ausgeprägten gesellschaftspolitischen Interesse, wenn wir die jeweilige Wertorientierung unberücksichtigt lassen. Unterscheidet man verschiedene Altersgruppen danach, ob sie eine materialistische oder eine postmaterialistische Werteinstellung zeigen, dann wird gerade das Gegenteil sichtbar: Bei den Materialisten ist meist ein starkes politisches Desinteresse vorhanden und jüngere Bürger mit materialistischer Wertorientierung unterscheiden sich in dieser Hinsicht nicht von ihren älteren Mitbürgern. Bei den Postmaterialisten äußern ältere Personen im Vergleich zu jüngeren Mitbürgern ein deutlich stärker ausgeprägtes hohes gesellschaftspolitisches Engagement.

Jüngere sind zwar häufiger als Ältere die Träger neuer Werte, ein verstärktes politisches Bewußtsein scheint damit allerdings nicht unmittelbar verbunden. Ob darin eine Distanzierung von Staat und Politik zu sehen ist, läßt sich nicht zuverlässig beurteilen.

18.3 Interesse an Politik und politische Teilhabe

Jedes Interesse an politischen Ereignissen und Themen spielt sich in gewissem Sinne nur im Privatbereich ab, wenn damit nicht ein öffentliches Engagement, z. B. durch die Mitgliedschaft in Verbänden, Parteien und Gewerkschaften, verbunden ist. Die Mitgliedschaft in solchen Organisationen eröffnet in unserem Parteienstaat die institutionellen Möglichkeiten der politischen Einflußnahme. Daneben zählen auch andere, nichtkonventionelle Aktivitäten – von der Unterschriftenaktion bis zur politischen Demonstration – zu den gesellschaftlich relevanten Möglichkeiten, Interessen wahrzunehmen und öffentlich zu vertreten.

Beide Arten, politisch aktiv zu sein, hängen auch entscheidend vom gesellschaftspolitischen Engagement und der jeweiligen Wertorientierung ab: Postmaterialisten und politisch Interessierte sind häufiger als andere Mitglieder in Parteien und Gewerkschaften und nutzen zudem das Potential nichtkonventioneller Möglichkeiten in beachtlichem Umfang (vgl. Tab. 4).

Obwohl die Frage nach Ursache und Wirkung auch in diesem Zusammenhang nicht eindeutig beantwortet werden kann – treten z. B. politisch Interessierte aus diesem Grund der Gewerkschaft bei oder sind sie mehr als andere an Politik interessiert, weil sie Gewerkschaftsmitglieder sind –, sind einige Unterschiede aufschlußreich. So ist festzustellen, daß unter den Erwerbstätigen Angestellte ein stärkeres politisches Interesse äußern als Arbeiter. Dies wirkt sich jedoch bei den beiden Berufsgruppen unterschiedlich aus: Das Interesse der Arbeiter ist zwar geringer, sie sind aber verglichen mit den Angestellten bei gleich starkem Interesse wesentlich häufiger in Gewerkschaften und auch in Parteien organisiert. Der Wandel des Beschäftigungssystems, der sich u. a. in einer Zunahme der Angestelltentätigkeiten zeigt, könnte damit dazu führen, daß das traditionelle Reservoir der Gewerkschaften allmählich schrumpft. Es wird deshalb auch für die Gewerkschaften immer mehr darauf ankommen, das an sich vorhandene politische Interesse der Angestellten für sich durch zusätzliche Mitgliedschaften zu gewinnen.

Tab. 4: Politische Teilhabe und gesellschaftspolitisches Engagement

	Insgesamt	Wertorientierung				Gesellschaftspolitisches Engagement ¹				
		Mate- rialist	Misch- typ	Post- mate- rialist	Hoch (1)	(2)	(3)	(4)	Niedrig (5)	
in %										
Mitgliedschaft in ²										
Gewerkschaft	20	13	20	23	30	20	20	16	12	
Partei	5	3	8	8	19	10	7	2	2	
Nichtkonventionelle Möglichkeiten ³										
Unterschriftenaktion	39	25	44	71						
Entscheidung zu beeinflussen versucht	18	14	19	34						
Teilnahme an Demonstration	8	3	7	30						

1 Zu den fünf Gruppen vgl. Darstellung in Tab. 3.

2 1984.

3 1980.

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1980, 1984.

Zu fragen ist schließlich, ob die Träger neuer Werte, d. h. die junge und besser gebildete Generation, ein anderes Rollenverständnis der politischen Teilnahme besitzen. Sie unterscheiden sich zwar auch in Hinblick auf die traditionellen Mitwirkungsmöglichkeiten, nichtkonventionelle Interessenvertretung steht aber deutlich im Vordergrund.

18.4 Öffentliche und private Lebensbereiche im Urteil der Bürger

Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß auch und gerade bei der Zufriedenheitsbewertung markante Unterschiede zwischen öffentlichen und privaten Lebensbereichen auftreten (vgl. Teil II, Kap. 3). Zu fragen ist deshalb: Gibt es bestimmte Gruppen in der Bevölkerung, die den öffentlichen Bereich durchgängig negativ, ihre privaten Angelegenheiten dagegen „einheitlich“ positiv bewerten? Läßt sich die Anspruchshaltung an Staat und Politik in dem Sinne nachweisen, daß gerade die politisch Interessierten und die Träger neuer Werte den wohlfahrtsstaatlichen Aufgabenbereichen besonders kritisch gegenüberstehen?

Das Netz der sozialen Sicherung, die innere Sicherheit und der Umweltschutz sind Bereiche, für die der Wohlfahrtsstaat verantwortlich ist (vgl. Teil II, Kap. 19). Die individuelle Beurteilung dieser Bereiche dokumentiert deshalb auch, inwieweit wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen in der Wahrnehmung der Bürger ihren Aufgaben gerecht werden. Insgesamt scheint sich dabei tatsächlich ein erhebliches Maß an Kritik zu manifestieren, wenn in bestimmten Bereichen, wie vor allem beim Umweltschutz (vgl. Teil II, Kap. 14), derart massiv Unzufriedenheit geäußert wird.

Verglichen mit Aspekten des privaten Lebensraumes schneiden öffentliche Bereiche schlechter ab – eine eindeutige Polarisierung zwischen „öffentlich“ und „privat“ läßt sich allerdings nicht aufrechterhalten. Vielmehr zeichnet sich innerhalb der drei öffentlichen Aufgabenbereiche eine klare Rangordnung ab. Während das Netz der sozialen Sicherung insgesamt positiv beurteilt wird und im Vergleich mit den ausgewählten privaten Bereichen nicht generell negativer abschneidet, trifft dies für den Bereich der inneren Sicherheit nur bedingt und für den Umweltschutz überhaupt nicht zu.

Zwei von drei Bürgern sind mit privaten Aspekten durchgängig zufriedener als mit dem Umweltschutz (vgl. Tab. 5); praktisch jeder zweite Bundesbürger ist mit privaten Bereichen zufriedener als mit der öffentlichen Aufgabe der inneren Sicherheit. Demgegenüber bewertet lediglich jeder vierte sein Einkommen, seinen Lebensstandard, seine

Tab. 5: Öffentliche und private Lebensbereiche – Vergleich der Zufriedenheitsbewertungen

Private Lebensbereiche	Öffentliche Lebensbereiche		
	Netz der sozialen Sicherung	Innere Sicherheit	Umweltschutz
	in %		
Von jeweils 100 Bürgern sind mit ihrem/ihrer			
Einkommen	40	64	81
Lebensstandard	47	71	85
Freizeit	55	73	86
Wohnung	59	77	90
zufriedener als mit dem einzelnen öffentlichen Bereich			
darunter: mit allen privaten Bereichen sind zufriedener	24	48	68
mit höchstens 1 privatem Bereich zufriedener	17	10	5
mit keinem privaten Bereich zufriedener	24	11	3

Datenbasis: Wohlfahrtssurvey 1984.

Wohnung und Freizeit generell höher als das System der sozialen Sicherung. Der gleiche Anteil (24 %) ist mit keinem dieser Aspekte des privaten Lebensraumes zufriedener als mit dem sozialen Netz in der Bundesrepublik.

Die Unzufriedenheit mit dem Umweltschutz ist besonders groß, wobei die postmaterialistische Wertorientierung und ein ausgeprägtes gesellschaftspolitisches Interesse dies zusätzlich verstärken. Weniger eindeutig ist die Lage bei der sozialen Sicherung und der inneren Sicherheit. Für den Bereich der inneren Sicherheit läßt sich zeigen, daß die Träger neuer Werte und die politisch Interessierten differenzierter als andere ihre Einschätzungen abgeben: Die Privatsphäre rangiert nicht eindeutig über dem öffentlichen Bereich.

Insgesamt spricht somit einiges dafür, daß die beiden Lebenssphären öffentlich bzw. privat nicht mit der Dimension Unzufriedenheit – Zufriedenheit zusammenfallen. Unzufriedenheit in der einen Sphäre scheint nicht durch Zufriedenheit in der anderen ausgeglichen werden zu müssen. Der einzelne hat zwar ein gewisses Zufriedenheitsbedürfnis, und insgesamt werden öffentliche Angelegenheiten weniger positiv wahrgenommen, es ist jedoch nicht so, daß ein bestimmtes Maß an Zufriedenheit durch unterschiedliche Einschätzungen der öffentlichen und privaten Sphäre ausgeglichen wird.

Die Bevölkerung beurteilt anscheinend dann einen öffentlichen Bereich in besonderem Maße kritisch, wenn er, wie im Falle des Umweltschutzes, zur öffentlichen Angelegenheit wird, d. h. wenn er auch als Thema der öffentlichen politischen Debatte erscheint. Dann kommt zusätzlich das gesellschaftliche Engagement der Bürger in der Zufriedenheitsbewertung zum Ausdruck. Dies trifft für das soziale Netz und für die innere Sicherheit nur bedingt zu. Auch das System der sozialen Sicherung ist Gegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung, jedoch nicht in dem Maße wie der Umweltschutz. Die faktische oder potentielle Betroffenheit ist geringer, und zweifellos verhindert das Bewußtsein der Bürger, über „unkündbare Anrechte“ auf Versorgung im Krankheitsfall, im Alter und bei Arbeitslosigkeit zu verfügen, eine durchschlagende negative Einschätzung. Das letztlich dabei erkennbare Vertrauen in die wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen wird trotz aller Kritik nicht beeinträchtigt. Es scheint so, als ob die fiskalische Krise der Sicherungssysteme nicht oder noch nicht als existentielles Problem von der Bevölkerung wahrgenommen wird.

(Roland Habich)